Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

16. Mai 2022

Ägypten

Sinai-Halbinsel: Fünf Soldaten und sieben IS-Mitglieder getötet

Bei einem Angriff des IS auf ägyptische Sicherheitskräfte im Norden der Sinai-Halbinsel sollen am 11.05.22 Armeeangaben zufolge fünf Soldaten und sieben Mitglieder des IS getötet worden sein. Es ist der zweite Angriff innerhalb weniger Tage; am 07.05.22 sollen laut den Angaben der Behörden mehrere IS-Mitglieder einen Angriff auf eine Wasserpumpstation östlich des Suezkanals verübt und dabei elf Soldaten getötet sowie weitere verletzt haben (vgl. BN v. 09.05.22).

Afghanistan

Sicherheitslage: Kämpfe in Panjshir, Takhar und Baghlan

Die Taliban reagieren auf die Frühjahrsoffensive und Geländegewinne der Widerstandsbewegungen im Norden. Am 10.05.22 wird berichtet, dass seit ca. vier Tagen heftige Kämpfe zwischen den Taliban und der Nationalen Widerstandsfront (NRF) in der Provinz Panjshir toben. Am 09.05.22 hatte die NRF nach eigenen Angaben dort 20 Taliban getötet. Am 10.05.22 spricht die NRF sogar von 100 getöteten und verletzten Taliban im Distrikt Dara Abdullah Khail. Diese Zahlen entstammen Twitter-Meldungen der NRF und können nicht überprüft werden. Die Taliban hätten als Antwort mehr Truppen in die Region verlegt und teilweise Zivilisten eingesperrt (bis zu 200) und auch getötet (ca. 40). Es habe auch tote Zivilisten in den Provinzen Takhar (Distrikt Warsaj) und Baghlan (Distrikt Andarab) gegeben. Die Taliban widersprachen den Anschuldigungen. Es gibt aber Berichte in den sozialen Medien die zeigen, dass tote Taliban-Kämpfer in ihre Heimatorte überführt wurden. Der EU-Botschafter für Afghanistan zeigte sich, angesichts der Meldungen getöteter Zivilisten in besagten Provinzen besorgt.

Verfolgungslage und Regierungsführung

Am 10.05. und 11.05.22 protestierten Frauen in Kabul gegen die Pflicht für Frauen, in der Öffentlichkeit eine Ganzkörperbedeckung (Burka) zu tragen. Sie wurden von den Taliban mit Waffen gestoppt und die Versammlungen aufgelöst. Journalisten, die über die Proteste berichteten, wurden von den Taliban inhaftiert. Die Taliban hatten am 07.05.22 ein Dekret erlassen, welches allen Frauen landesweit das Tragen einer Burka vorschreibt (vgl. BN v. 09.05.22).

Laut Meldungen vom 15.05.22 sollen die Taliban in der Provinz Panjshir ehemalige Soldaten mittels Biometriegeräten identifizieren und festnehmen. In der Provinz Ghazni wird männlichen Angestellten in der öffentlichen Verwaltung der Zutritt zu ihrem Büro verweigert, wenn sie keinen Bart und Turban tragen. In der Provinz Herat soll in Parks und Restaurants offiziell die Geschlechtertrennung eingeführt worden sein. Am 15.05.22 wurde berichtet, die Armee der Taliban sei mittlerweile auf 130.000 Mann angewachsen und es werden 150.000 angestrebt.

Humanitäre Lage
Das UN-Welternährungsprogramm (WFP) berichtet am 10.05.22, dass nach wie vor ca. die Hälfte der Bevölkerung (19,7 Mio.) von Ernährungsunsicherheit bedroht ist. Nur ca. 7 % der Bevölkerung hätten täglich ausreichend Nahrung. Bis zum November sollen die Zahlen dank humanitärer Hilfe und Ernten leicht auf 18,9 Mio. zurückgehen. Save the Children berichtet am selben Tag, dass im Land ca. 9,6 Mio. Kinder hungern. Sie würden mit Glück täglich ein Brot essen.

Algerien

Familie eines in Haft Verstorbenen erhebt Anklage gegen den Staat
Die Familie von Hakim Debbazi, der am 24.04.22, unter unklaren Umständen in der Haftanstalt tot aufgefunden wurde, hat am 04.05.22 Anklage gegen den Staat erhoben. Debbazi war im Februar festgenommen worden, weil er sich in den sozialen Medien zur Hirak-Bewegung geäußert hatte. Die Familie wirft der Führung der Haftanstalt vor, einem Menschen in Not nicht geholfen zu haben und der Justiz, keine Erklärung zu den Todesumständen und auch keine Autopsie zur Aufklärung der Todesursache gemacht zu haben.

Burkina Faso

Armee: Dutzende Extremisten getötet
Nach Militärangaben wurden am 09.05.22 bei zwei Gefechten mit unbekannten bewaffneten Gruppen bei Barakuy (Region Boucle du Mouhoun) und Djigoué (Region Sud-Ouest) insgesamt mindestens 50 Angehörige dieser Gruppen getötet oder kampfunfähig gemacht.

China

Hongkong: Festnahmen unter Berufung auf Sicherheitsgesetz
Wegen Verschwörung zur Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften zur Gefährdung der nationalen Sicherheit wurden am 10.05.22 der Kulturwissenschaftler Hui Po Keung und am 11.05.22 der Kardinal und ehemalige Erzbischof von Hongkong Joseph Zen, die Sängerin Denise Ho und die ehemalige Oppositionsabgeordnete Margaret Ng festgenommen. Sie standen mit einem inzwischen aufgelösten Fonds in Verbindung, der pro-demokratischen Protestierenden Rechtshilfe und medizinische Behandlung finanzierte. Alle vier kamen nach der Konfiszierung ihrer Pässe gegen Kaution frei.

DR Kongo

ai: Verschlechterung der Menschen- und Sicherheitslage in Nord-Kivu und Ituri
Amnesty International (ai) stellt in dem Bericht „La justice et les libertés en état de siège au Nord-Kivu et en Ituri“ vom 10.05.22 eine deutlich verschärfte Menschenrechtslage in den Ostprovinzen Nord-Kivu und Ituri seit der Inkraftsetzung des Belagerungszustandes im Mai 2021 fest. Der Bericht umfasst den Zeitraum August 2021 bis April 2022 und stützt sich auf 44 Interviews mit anwaltlichen Personen, Richterinnen und Richtern, Menschenrechtsverteigenden und UN-Bediensteten. Die Zahl der von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen getöteten Zivilpersonen habe sich seither verdoppelt. Der Belagerungszustand werde staatlicherseits zur Unterdrückung und repressiven Bekämpfung kritischer Stimmen und politischen Widerstands sowie Einschränkung der Grundfreiheiten der Bürger genutzt, vor allem der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit. Mehrere Aktivistinnen und Aktivisten seien willkürlich festgenommen und zwei Menschenrechtsverteidigende von den Sicherheitskräften getötet worden, die seit Inkraftsetzung des Belagerungszustandes über exekutive (Sonder-)Eingriffsbefugnisse verfügen und dabei ungestraft agieren würden.

Deprose Muchena, ai-Regionaldirektor für das östliche und südliche Afrika, erklärte u.a. anlässlich der Präsentation des Berichts, dass die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte „jeden zum Schweigen bringen, der Rechenschaft für die Handlungen des Staates in den konfliktgeplagten Provinzen fordert".
Aus dem ai-Bericht geht weiter hervor, dass die Militärjustiz, der mit Ausrufung des Belagerungszustandes die zivile Strafgerichtsbarkeit übertragen wurde, überlastet und überfordert ist, was den Zugang zur Justiz begrenzt und vor allem das Recht für Zivilpersonen auf ein faires, rechtstaatliches Verfahren in Strafrechtsfällen gefährdet. Der Umstand erheblicher Verfahrensrückstände und die steigende Zahl an Untersuchungshäftlingen habe in den beiden Provinzen zu erheblich überbelegten Gefängnissen und deutlich verschärften Haftbedingungen geführt.
Mehrere nichtstaatliche Stellen, darunter Human Rights Watch (HRW), wiesen in letzter Zeit einhellig darauf hin, dass sich die Menschenrechts- und Sicherheitslage in den beiden Provinzen seit der Inkraftsetzung des Belagerungszustandes erheblich verschlechtert hat (vgl. BN v. 25.04. und 28.03.22).

Ecuador

43 Tote bei bewaffneten Zusammenstößen in Haftanstalt
Am 09.05.22 sind bei bewaffneten Zusammenstößen zwischen rivalisierenden Banden im Bellavista-Gefängnis in Santo Domingo laut Innenministerium mindestens 43 Personen getötet worden. Ursache für die Unruhen soll die Verlegung eines Bandenbosses in dieses Gefängnis gewesen sein. Es war der sechste Gefängnisaufstand in den letzten 15 Monaten, 2021 sind mehr als 300 Personen bei entsprechenden Ereignissen getötet worden.

Georgien

Südossetien beschließt Referendum über einen Beitritt zur Russischen Föderation
Die georgische Separatistenregion Südossetien hat am 13.05.22 für den 17.07.22 eine Volksbefragung über einen Beitritt zur Russischen Föderation angekündigt. Der noch amtierende Präsident des Gebietes, Anatoli Bibilow, unterzeichnete ein entsprechendes Dekret. Laut Bibilow entspreche dies dem Willen der Menschen in Südossetien. Auch der vor kurzem neu gewählte Präsident Südossetiens, Alan Glagoew, hatte sich für ein Referendum ausgesprochen, hätte aber zunächst Moskaus Zustimmung dazu abgewartet. Die georgische Regierung in Tiflis verurteilte das angekündigte Referendum als „inakzeptabel und völkerrechtswidrig".
Die beiden früheren Autonomen Republiken Südossetien und Abchasien sind de facto von Georgien abgespalten, die georgische Regierung übt dort keine Staatsgewalt mehr aus. Völkerrechtlich betrachtet gelten beide Gebiete jedoch weiterhin als zu Georgien gehörig, auch wenn eine Reintegration Abchasiens und Südossetiens in das georgische Staatsterritorium zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen scheint. Südossetien mit seinen rund 40.000 Einwohnern grenzt an das zur Russischen Föderation gehörende Nordossetien. Nach einem Fünf-Tage-Krieg gegen Georgien im Jahr 2008 hatte Moskau neben Südossetien auch Abchasien als unabhängige Staaten anerkannt. Russland unterstützt beide Regionen finanziell und hat dort zudem Tausende Soldaten stationiert. Mittlerweile verfügt nahezu die gesamte Bevölkerung Südossetiens und Abchasiens auch über russische Pässe.

Ghana

Bawku: Tote im Konflikt um Nachfolge in traditionellem Amt
Am 10.05.22 töteten Unbekannte in Bawku (Region Upper East) drei, nach anderen Quellen fünf Personen im jüngsten Ausbruch eines Konflikts um die traditionelle Führungsposition (Chief) in Bawku. Zuletzt war in dem Konflikt im März 2022 eine Person getötet worden. Diese jüngsten Spannungen gehen auf den Dezember 2021 zurück. Damals kam es zu Schießereien, als versucht wurde, die letzten Beerdigungszeremonien für einen vor Jahrzehnten verstorbenen Chief durchzuführen. Konfliktparteien sind die ethnischen Gruppen der Mamprusi und der Kusasi, die beide das Amt des Chiefs in Bawku für sich beanspruchen. Der Konflikt reicht bis in die Kolonialzeit zurück. In einer Phase der Eskalation zwischen 2007 und 2012 forderte er etwa 180 Todesopfer. Seit Januar 2022 besteht eine nächtliche Ausgangssperre in Bawku. Polizei und Militär sind verstärkt präsent.
Mitunter Jahre und Jahrzehnte andauernde Konflikte um die Nachfolge in traditionellen Ämtern sind insbesondere im Norden Ghanas häufig. Vereinzelt eskalieren sie gewaltsam.

Guinea

Zeitraum für Übergangsphase leicht verkürzt
Das derzeitige Legislativorgan, der Conseil National de Transition (CNT), beschloss am 11.05.22 eine 36-monatige Übergangsphase für die Rückkehr zu einer zivilen Regierung, die damit um drei Monate kürzer ausfallen soll, als zuletzt vom Chef der herrschenden Militärjunta vorgeschlagen (vgl. BN v. 09.05.22). Die sehr kurzfristige Einberufung des CNT zur Beratung des Beschlusses zum Zeitplan und Dauer der Übergangsphase wurde einem Medienbericht zufolge von einzelnen CNT-Mitgliedern kritisiert. Angenommen wurde der Beschluss jedoch von 73 von 80 anwesenden CNT-Mitgliedern.

Verbot von Demonstrationen
Die zur Gruppe G58 gehörenden politischen Parteien, aber auch die Partei von Ex-Staatspräsident Alpha Condé, Rassemblement du Peuple de Guinée (RPG), reagierten mit Ablehnung auf den CNT-Beschluss zur Übergangsphase. Der CNT sei ihrer Ansicht nach gemäß der Charta der Transition (vgl. BN v. 11.10.21) nicht zuständig. Damit zeigten sich die ehemalige Regierungspartei und wesentliche Oppositionsparteien erstmals geeint gegen die derzeit Herrschenden. Laut einem Medienbericht kündigte das gemischt zivilgesellschaftlich-parteipolitische Bündnis Front national pour la défense de la Constitution (FNDC) noch am 11.05.22 Demonstrationen an.
In einer am 13.05.22 veröffentlichten Mitteilung verbot die Militärjunta (Comité national du rassemblement pour le développement, CNDR) indessen alle Demonstrationen im öffentlichen Raum bis zum Beginn offizieller Wahlkampfperioden. Sie begründete den Schritt mit dem Erhalt sozialer Ruhe und der korrekten Ausführung des Zeitplans für die Übergangsphase.

Guinea-Bissau

ECOWAS-Stabilisierungsmission vor Eintreffen
Am 17.05.22 wird das Eintreffen eines ersten Kontingents der Stabilisierungsmission der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (engl. ECOWAS, bzw. port. und frz. CEDEAO) im Land erwartet. Das berichtet die Nachrichtenagentur Lusa. Die Entsendung geschieht in Folge des vermeintlichen gescheiterten Staatsstreichs am 01.02.22 (vgl. BN v. 07.02.22). Einige Kräfte der Mission befinden sich Medienberichten zufolge schon seit Ende April 2022 im Land. Insgesamt soll sie 631 Militärs umfassen. Die Stabilisierungsmission gilt als umstritten: das Parlament (Nationale Volksversammlung, ANP) wurde nicht mit ihr befasst, Oppositionsparteien lehnen sie als verfassungswidrig ab, die ECOWAS besitze u.a. wegen früherer Missionen (letzte endete erst 2020) im Land eine geringe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. Gesehen wird in der Stabilisierungsmission etwa eine persönliche Unterstützung für Staatspräsident Umaro Sissoco Embaló. Dieser will eine Verfassungsreform und ist derzeit bestrebt, das Parlament aufzulösen.

Oppositionspolitiker angeschossen
Der Anführer der Partei União para a Mudança (UM) und ihr einziger Parlamentsabgeordnete, Agnelo Regala, wurde am 07.05.22 in der Nähe seines Hauses Opfer eines mutmaßlichen Mordversuchs von Unbekannten. Diese hätten nach seiner Darstellung mehrere Schüsse aus einem Auto auf ihn abgegeben, wovon ihn einer im Bein getroffen und verletzt habe. Die Regierung verfügte eine ernsthafte und schnelle Ermittlung, wie Medien weiter berichteten. Die UM gehört zu einer Reihe von Parteien, welche die ECOWAS-Stabilisierungsmission als „Invasion“ bezeichnet haben.

Irak

Iranische Revolutionsgarde: Angriff auf Erbil
Die Revolutionsgarde aus dem benachbarten Iran hat am 11.05.22 Luftangriffe auf Gebiete in Erbil durchgeführt, Opfer wurden dabei nicht gemeldet. Einer Erklärung der Revolutionsgarde zufolge handelte es sich dabei um eine Anti-Terror-Operation. Bereits im März und April hatte Iran das private Wohnhaus eines kurdischen

Geschäftmannes und eine Ölraffinerie in Erbil angegriffen, angeblich, weil es sich um „strategische Zentren“ Israels handele (vgl. BN v. 11.04.22).

Sinjar: Rückkehr von rd. 300 Familien
Nach den Kämpfen, die Anfang Mai in Sinjar ausgebrochen waren und über 700 Familien (rd. 10.200 Personen) vertrieben hatten (vgl. BN v. 09.05.22), sind ca. 300 dieser Familien wieder nach Sinjar zurückgekehrt. Die restlichen Familien befinden sich weiterhin in Flüchtlingslagern in Dohuk.

Iran

Verhaftungen von Kulturschaffenden, Gewerkschaftsangehörigen und Lehrenden
Auslandsmedien berichten von einer neuen Welle von Festnahmen. Betroffen seien Kulturschaffende, wobei keine Informationen zu den Gründen für die Verhaftungen vorlagen. So sei am 09.05.22 eine Fotografin und Zivilaktivistin im Zuge einer Razzia von Angehörigen des Geheimdienstes in ihrer Wohnung in Teheran verhaftet worden. Die Frau gehöre zu den Unterzeichnerinnen einer Protestnote zu Gewalt gegen Frauen in der iranischen Film- und Theaterszene. Am 10.05.22 sei eine bekannte Dokumentarfilmemacherin ebenfalls im Rahmen einer Razzia von Sicherheitskräften in ihrer Wohnung verhaftet und an einen unbekannten Ort verbracht worden. Dabei seien auch ihr Mobiltelefon, Laptop und andere persönliche Gegenstände beschlagnahmt worden. Die festgenommene habe an Filmprojekten zu Gewalt gegen Frauen gearbeitet. Unter Bezugnahme auf den iranischen Schriftstellerverein wird von der Verhaftung eines bekannten Autors und seiner Ehefrau am 09.05.22 berichtet. Die beiden seien bereits in der Vergangenheit mehrfach wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements verhaftet worden. Die Ehefrau sei zudem wegen Teilnahme an einer Arbeiterdemonstration zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Die Festnahme wird vom Schriftstellerverband als Teil einer Kampagne gegen Kulturschaffende gewertet.
Am 12.05.22 sei zudem ein führendes Mitglied einer gewerkschaftlichen Vereinigung des Teheraner Busbetriebes unter Einsatz von Gewalt in seiner Wohnung verhaftet worden. In den frühen Morgenstunden desselben Tages sei es ebenfalls in Teheran zur Verhaftung einer Arbeiteraktivistin gekommen. Auch in diesem Fall hätten die Sicherheitskräfte eine Hausdurchsuchung und Konfiszierung persönlicher Gegenstände vorgenommen. Am 12.05. und 13.05.22 sei es im Zuge von Protestkundgebungen der Lehrergewerkschaft in Teheran und anderen Städten zu Festnahmen gekommen. In Yasuj (Kohgiluyeh va Boyer-Ahmad) seien zwischen 20 und 50 Lehrende verhaftet worden. Zu Verhaftungen kam es auch in Teheran, Isfahan, Shiraz und Ahvaz. Die Protestierenden fordern die Freilassung von elf momentan in Haft befindlichen Lehrkräften, die bei Protesten in den vergangenen Monaten verhaftet worden waren, und eine Einstellung der Strafverfolgung von Lehrenden. Der Lehrergewerkschaft und Human Rights Watch zufolge sollen alleine in der ersten Maihälfte 2022 zwischen 38 und 70 Lehrkräfte verhaftet worden sein. Inzwischen sollen viele wieder freigelassen worden sein.

Proteste gegen steigende Lebensmittelpreise
Auslandsmedien zufolge haben sich die Proteste aufgrund massiver Preissteigerungen als Folge der Aufhebung staatlicher Subsidien, v.a. für Mehl, Eiern, Milch, Hühnerfleisch und Öl, auf mehrere Städte in den zentralen nördlichen und östlichen Regionen des Landes, u.a. Teheran, Neyshabur und Isfahan, ausgeweitet. Aus zahlreichen Städten wird von einer starken Präsenz von Spezialeinheiten für Aufstandsbekämpfung berichtet. Zunächst war es seit 06.05.22 in mehreren Städten der Provinz Khuzestan zu Demonstrationen und verschärften Sicherheitsmaßnahmen gekommen (vgl. BN v. 09.05.22). Seit 12.05.22 kam es auch in Shahrekord (Provinz Charmahal va Bakhtiari), Daroud und Boroujerd (Lorestan) sowie in Rasht (Gilan) zu Protesten. Unter Verweis auf Beiträge in sozialen Netzwerken seien dabei auch Slogans gegen den Staatspräsidenten Ebrahim Raisi sowie den Obersten Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei skandiert worden. Es wurde weiterhin von Unterbrechungen von Mobilfunk und Internet in mehreren Provinzen berichtet. Nach Zusammenstößen von Demonstrierenden mit Sicherheitskräften sei eine unbekannte Anzahl an Verhaftungen erfolgt. Unbestätigten Berichten zufolge seien bei Protesten in den Städten Rasht und Ardabil auch Schüsse gefallen. Ob es sich um Warnschüsse oder gezielte Angriffe durch Sicherheitskräfte gehandelt habe, konnte von den Auslandsmedien nicht eruiert werden. Unterschiedlichen Medienangaben zufolge sollen im Zuge der Proteste insgesamt zwischen einer und drei Personen zu Tode gekommen sein. Darunter sei eine Person, die im Zusammenhang mit einem Angriff von Demonstrierenden auf einen Basij-Stützpunkt in Hafeshjan (Charmahal va Bakhtiari) getötet worden sein soll.

Jemen

Flughafen Sanaa: Einigung bezüglich Houthi-Pässen
Die international anerkannte Regierung Jemens hat am 12.05.22 bekannt gegeben, Reisen für Inhaber von Pässen, die von den Houthi-Behörden ausgestellt wurden, zu genehmigen. Der erste Flug aus der Stadt Sanaa seit 2015 war für den 24.04.22 geplant, konnte jedoch nicht durchgeführt werden, da die international anerkannte Regierung Jemens die von den Houthis ausgestellten Reisepässe nicht anerkannt und die Startgenehmigung verwehrt hatte (vgl. BN v. 25.04.22). Berichten zufolge könnte der erste Flug nun am 16.05.22 starten; Ziel ist zunächst Amman, eine Verbindung nach Kairo soll folgen.

Kolumbien

26 Tote nach Anschlagsserie im Norden
Am 09.05.22 meldete die Einheit für Ermittlungen und Anklage (UIA) der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP), dass während der viertägigen Anschlagsserie durch Angehörige des Clan del Golfo im Norden Kolumbiens (vgl. BN v. 09.05.22) 24 Zivilisten und zwei Angehörige der Streitkräfte getötet worden seien. Außerdem habe es 26 Straßenblockaden, 138 eingeschlossene Gemeinden und 22 Angriffe auf die öffentliche Gewalt gegeben. Das Verteidigungsministerium meldete hingegen, dass drei Zivilisten, ein Polizist und zwei Soldaten ums Leben gekommen seien. Hintergrund der Anschlagsserie, die hauptsächlich in den Provinzen Antioquia, Bolivar, Cordoba und Sucre stattfand, war die Auslieferung des ehemaligen Clan-Chefs, Dairo Antonio Usaga, alias Otoniel, vom 04.05.22 an die USA.

Libanon

UN-Sonderberichterstatter: Menschenrechtsverletzungen durch politisches Missmanagement
Der UN-Sonderbeauftragten für Armut und Menschenrechte, Olivier De Schutter, wirft in seinem am 11.05.22 veröffentlichten Bericht der libanesischen Regierung inklusive der libanesischen Zentralbank vor, durch jahrelanges Missmanagement und Korruption große Teile der Bevölkerung in die Armut getrieben zu haben. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise sowie deren Auswirkungen auf die Versorgungslage bezeichnete er als „von Menschen gemacht“. Er rief die zukünftige Regierung auf, ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen.

Wahlen in Libanon
Die Parlamentswahlen in Libanon sind am 15.05.22 zu Ende gegangen. Die Wahlen selbst verliefen bis auf wenige Ausnahmen weitgehend friedlich, in den Wahllokalen gab es jedoch keinen Strom. Die Wahlbeteiligung in Libanon betrug ersten Schätzungen zufolge rd. 41 %, mehrere Gruppierungen hatten die Wahl boykottiert. Dies ist die erste Wahl seit Beginn der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Explosion im Beiruter Hafen. Bislang sind noch nicht alle Stimmen ausgezählt.

Mali

Mali steigt aus der Regionalorganisation G5-Sahel aus
Die malische Militärregierung gab am 15.05.22 bekannt, dass Mali sich aus allen Organen und Instanzen der Regionalorganisation G5-Sahel zurückziehen werde. Weitere Mitgliedsstaaten der G5-Sahel sind Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Tschad. Die G5-Sahel war im Jahr 2014 gegründet worden. Im Jahr 2017 wurde die gemeinsame Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force gegründet, deren Ziel die Bekämpfung von Dschihadisten war. Als Begründung für den Rückzug Malis aus der G5-Sahel, nannte die Militärregierung nun, den verwehrten Vorsitz in der G5-Sahel. Ursprünglich war geplant, dass Mali ab Februar 2022 die Präsidentschaft der G5-Sahel übernehmen sollte.

Montenegro

Leiter des Handelsgerichts unter Korruptionsverdacht festgenommen
Laut Medienberichterstattung wurde der Präsident des montenegrinischen Handelsgerichts, Blaz Jovanic, zusammen mit weiteren Beamten am 09.05.22 in Podgorica festgenommen. Die Polizeidirektion habe inoffiziell bestätigt, dass die Festnahme auf Anordnung des Chef-Sonderstaatsanwalts Vladimir Novovic erfolgt sei. Laut Nachrichtenportal Vijesti.me stehe Jovanic unter Verdacht, eine kriminelle Vereinigung koordiniert und den Staat um Millionen Dollar betrogen zu haben. Opposition und NGOs hätten ihn auch der Beihilfe zur Vertuschung mutmaßlicher korrupter Aktivitäten von Staatspräsident Milo Djukanovic und dessen engsten Zirkels beschuldigt. Der neu gewählte Premierminister Dritan Abazovic (vgl. BN vom 02.05.22) habe die Verhaftung begrüßt; sie sei das Ergebnis der im März 2022 erfolgten Wahl von Novovic an die Spitze der Sonderstaatsanwaltschaft. Die Festnahme, ebenso wie auch die erst im April 2022 wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs erfolgte Verhaftung der ehemaligen Präsidentin des Obersten Gerichtshofs von Montenegro, Vesna Medenica, seien laut Berichterstattung die jüngsten einer Reihe von Maßnahmen zur Eindämmung von Korruption und Amtsmissbrauch auf höchster Ebene.

Nigeria

Nordwesten: Kommilitonen töten Studentin wegen vermeintlich blasphemischer Äußerungen
Laut Medienberichten haben Studierende der Shehu Shagari Hochschule für Bildung in Sokoto im Bundesstaat Zamfara am 12.05.22 eine Kommilitonin getötet und ihre Leiche verbrannt. Der Grund für die Bluttat seien Kommentare der 25-jährigen Studentin in sozialen Medien gewesen, die von anderen Studierenden als Kritik am Propheten Mohammed aufgefasst wurden. Die Studentin sei selbst Christin gewesen. Zwischenzeitlich wurden zwei Personen verhaftet, die der Beteiligung an der Tat verdächtigt werden. Nachdem zahlreiche Demonstrierende kurze Zeit nach der Verhaftung die Freilassung der beiden Verdächtigen forderten, verhängte der Gouverneur von Sokoto am 14.05.22 eine 24-stündige Ausgangssperre. Sicherheitsbehörden, Politiker und religiöse Führer, darunter der Sultan von Sokoto und der römisch-katholische Bischof des Bistums Sokoto riefen die Bevölkerung zur Besonnenheit auf. Die Tat solle nicht als religiös motiviert, sondern als kriminell gewertet werden. Der Sultan von Sokoto gilt als das geistliche Oberhaupt nigerianischer Musliminnen und Muslime. In Nordnigeria ist ein Großteil der Bevölkerung muslimischen Glaubens.

Nordosten: UN-Generalsekretär lobt Reintegration von Islamisten
Anlässlich eines mehrtägigen Aufenthalts in Nigeria hat UN-Generalsekretär António Guterres Anfang Mai 2022 auch Maiduguri, die Hauptstadt des im Nordosten gelegenen Bundesstaats Borno, besucht. Bei dieser Gelegenheit lobte er die Bemühungen Nigerias um Deradikalisierung und Reintegration von Islamisten. Projekte zur Wiedereingliederung Abtrünniger (vgl. BN v. 21.03.22) seien der bestmögliche Schritt hin zum Frieden in der Region. Laut nigerianischem Militär haben bereits mehr als 1.600 ehemalige islamistische Kämpfer entsprechende Programme durchlaufen. Allerdings geht aus Medienberichten auch hervor, dass im Nordosten im ersten Quartal 2022 insgesamt 23 gewalttätige Ereignisse gezählt wurden, die zu 172 Todes- und 23 Entführungsopfern führten.

ISWAP-Gräueltaten
Islamisten gehen in Nigerias Nordosten seit Jahren mit Überfällen und anderen Attacken gegen das Militär und die Zivilbevölkerung vor. Zuletzt sorgten zwei tödliche Vorkommnisse für große Aufmerksamkeit. Am 03.05.22 töteten ausweislich Medienberichten Kämpfer der Islamistengruppe Islamic State West Africa Province (ISWAP) bei einem Überfall auf das Dorf Kautikari in der Chibok Local Government Area (LGA) im Bundesstaat Borno drei, laut anderen Meldungen mindestens acht, Menschen. Der Angriff ereignete sich zeitgleich zum Besuch des UN-Generalsekretärs in der Hauptstadt Bornos. Die Ortschaft soll bereits in der Vergangenheit mehrfach Ziel von Angriffen gewesen sein. Medienberichten vom 11.05.22 zufolge erschien kürzlich außerdem online ein Video, das die Exekution von rd. 20 nigerianischen Zivilisten christlichen Glaubens durch ISWAP-Kämpfer zeigen soll. Nach Aussagen eines der Täter in dem Video handle es sich bei der Tat um eine Vergeltung für die Tötung von IS-Anführern im Nahen Osten Anfang 2022. Staatliche Stellen äußerten sich hierzu nicht. Nach Einschätzung einer auf die Beobachtung der Online-Aktivitäten von Extremisten spezialisierten NGO ist das Video authentisch.

Middle Belt: Sieben Soldaten getötet
Angaben des nigerianischen Militärs zufolge haben Unbekannte am 10.05.22 im Süden des Bundesstaats Taraba mindestens sieben Soldaten auf Patrouille getötet. Zwei weitere Militärangehörige werden vermisst. Der Angriff aus dem Hinterhalt ereignete sich in der Local Government Area (LGA) Takum. Zuletzt waren im April 2022 aus Taraba zwei tödliche Sprengstoffanschläge auf Kneipen gemeldet worden (vgl. BN v. 25.04.22). Zu diesen beiden Anschlägen hat sich laut Medienberichten ISWAP bekannt.

Defizite bei der Pressefreiheit
Nigeria ist im Ranking des am 03.05.22 veröffentlichten diesjährigen World Press Freedom Index im Vergleich zum Vorjahr vom 120. auf den 129. Platz gefallen. Im Index von vor zwei Jahren hatte Nigeria noch auf Platz 115 rangiert (vgl. BN v. 16.11.20). Laut Medienberichten vom Tag der Index-Veröffentlichung hat die Berufsvereinigung nigerianischer Redakteure NGE (Nigerian Guild of Editors) darauf hingewiesen, dass unabhängige Medien für die Demokratie im Land unerläßlich sind. In Nigeria seien nicht nur Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten zu beklagen, sondern auch Versuche aus der Politik, durch Gesetzesvorschläge die Freiheit der Presse zu beschneiden. Zur Stärkung der Pressefreiheit fordert die NGE eine Steuerbefreiung für Zeitungspapier und andere Verbrauchsmaterialien im Medienbereich.

Pakistan

Anschläge in Karachi und Nord-Waziristan
Am 12.05.22 wurden bei einer Explosion auf einem belebten Markt in der Metropole Karachi (Sindh) eine Person getötet und mindestens ein weiteres Dutzend Menschen verletzt. Niemand bekannte sich zu dem Anschlag.
Am 14.05.22 kamen bei einem Selbstmordanschlag auf ein Polizeifahrzeug im zur Provinz Khyber Pakhtunkhwa gehörenden, an der Grenze zu Afghanistan gelegenen Nord-Waziristan mindestens sechs Menschen, darunter drei Sicherheitskräfte und drei Kinder, ums Leben. In der Region ist die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) aktiv, mit der die pakistanische Regierung aktuell grundsätzlich eine Feuerpause vereinbart hatte. Laut Nachrichten in den sozialen Medien schlossen sich Anfang des Monats Rebellengruppen in Nord-Waziristan der TTP an.

Zwei Sikhs in Peshawar erschossen
Am 14.05.22 erschossen unbekannte Täter zwei Sikhs auf einem Markt in Peshawar. Sikhs sind eine sehr kleine Minderheit in Pakistans nordwestlicher Provinz Khyber Pakhtunkhwa. Dort waren in den vergangenen Jahren Angehörige dieses Glaubens gelegentlich Ziel von Angriffen.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: Journalistin getötet; zwei Tote bei Auseinandersetzungen
Am 11.05.22 starb die bekannte palästinensische Journalistin, Shireen Abu Akleh, durch Schussverletzungen während einer Militärrazzia in Jenin, bei der es zu Gegenwehr kam.
Das israelische Militär und die anwesenden Palästinenserinnen und Palästinenser machten sich in ersten Aussagen gegenseitig für die Tötung verantwortlich. Später räumte das Militär ein, dass die Journalistin durch Militärbeschuss getötet worden sein könnte. Eine offizielle Überprüfung der israelischen Behörden ist noch nicht abgeschlossen. Unabhängige Untersuchungen verschiedener NGOs, die vor allem auf der Auswertung sozialer Medien beruhten, deuten eher auf das Militär als Verantwortlichen hin. Palästinensische Stimmen forderten eine unabhängige, internationale Untersuchung.
In der nachfolgenden palästinensischen Beerdigungsprozession, eine der größten seit Jahren, kam es am 13.05.22 erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmenden und dem Militär in Ostjerusalem. Angaben des Militärs zufolge hätten Teilnehmende nationalistische Parolen skandiert, Unterlassungsaufforderungen ignoriert und Sicherheitskräfte mit Steinen beworfen. Mitglieder der Sicherheitskräfte gingen mit Schlagstöcken gegen Teilnehmende vor, darunter auch die Sargtragenden. Die UN und zahlreiche weitere internationale Akteure verurteilten das Vorgehen der Sicherheitskräfte. Das Militär kündigte eine Untersuchung der Vorfälle an.
Am 13.05.22 wurde ein Offizier des israelischen Militärs bei Auseinandersetzungen mit bewaffneten Palästinenserinnen und Palästinensern in der Nähe Jenins getötet.

Am 15.05.22 starb ein Palästinenser, welcher an bewaffneten Auseinandersetzungen mit dem Militär beteiligt war, durch Schussverletzungen in Jenin.

Russische Föderation

Festnahme von Kriegskritikern anlässlich der Feiern zum 9. Mai

Nach internationalen Pressemeldungen unter Berufung auf OWD-Info wurden am 09.05.22, dem Jahrestag des sowjetischen Sieges über das nationalsozialistische Deutschland, landesweit 125 gegen den Krieg in der Ukraine Protestierende festgenommen. 82 der Betroffenen haben sich demnach auf Sieges- und Gedenkveranstaltungen zum Jahrestag u.a. mit Friedensplakaten und Bildern von in der Ukraine getöteten Holocaust-Überlebenden kritisch zum aktuellen Militäreinsatz geäußert. In den übrigen 43 Fällen seien die Festnahmen aufgrund früherer Teilnahmen an Antikriegskundgebungen und/oder präventiv erfolgt. Radio Free Europe/Radio Liberty berichtet in diesem Zusammenhang von mehreren Anklagen nach dem am 04.03.22 neu eingeführten Straftatbestand der Verunglimpfung der Streitkräfte, wobei Geldstrafen von bis zu 100.000 RUB (rd. 1.445 EUR) und im Wiederholungsfall Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren drohen können. Bereits an den Vortagen war es laut Berichten verschiedener Medien und NGOs zu einem erneuten Anstieg der Zahl an Hausdurchsuchungen und Festnahmen von Friedensaktivistinnen und Journalisten gekommen; mehrere Betroffene befänden sich weiterhin in Haft.

Seit dem repressiven Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen Demonstrierende in den ersten Kriegswochen (vgl. BN v. 28.02. bis 21.03.22) haben entsprechende Kundgebungen und in der Folge gemäß OWD-Info auch die diesbezüglichen Inhaftierungen deutlich abgenommen. Es gibt jedoch weiterhin immer wieder Berichte über Festnahmen insbesondere von Menschen, die auf der Straße Ein-Personen-Proteste abhalten, ebenso wie wiederholt über anschließende Verurteilungen zu Geldstrafen bis hin zu mehrtägiger Verwaltungshaft.

Somalia

Präsidentschaftswahl abgehalten

Bei der Präsidentschaftswahl am 15.05.22 wurde der frühere Präsident Hassan Sheikh Mohamud in einer indirekten Wahl von den Mitgliedern des Parlaments und des Senats erneut zum Staatschef gewählt. Er setzte sich bei der Wahl gegen 35 Kandidierende, darunter auch den amtierenden Präsidenten Abdullah Farmajo, durch. Farmajo übernahm das Amt von Mohamud im Februar 2017. Seine Amtszeit lief im Februar 2021 ab, wobei er seine Amtszeit trotz heftiger Kritik nach Unstimmigkeiten über die Modalitäten der Präsidentschaftswahl verlängerte (vgl. BN v. 03.05. u. 31.05.21). Für den Zeitraum vom 14.05.22 abends bis 16.05.22 morgens wurde aus Sicherheitsgründen in Mogadischu eine nächtliche Ausgangssperre angeordnet.

Angriffe von al-Shabaab

In den Tagen vor der Wahl übte al-Shabaab vermehrt Angriffe auf Sicherheitskräfte aus. Neben mehreren Angriffen und Kämpfen zwischen al-Shabaab und Sicherheitskräften in Lower Shabelle und Middle Shabelle, die zu Opfern auf beiden Seiten führten, kam es auch zu Angriffen, bei denen Zivilpersonen zu Schaden kamen. Bei einem Selbstmordanschlag auf einen Kontrollpunkt in Mogadischu am 11.05.22 wurden mindestens vier Zivilpersonen getötet und weitere verletzt. Das Ziel war ein Fahrzeug mit General Garabey, einem Offizier der somalischen Nationalarmee, der zu der Zeit am Tatort war. Er überlebte die Explosion. Am 12.05.22 wurde das Dorf Biyo Adde (Middle Shabelle) mit Mörsergranaten angegriffen. Berichten zufolge trafen die Granaten Stützpunkte der Streitkräfte sowie Wohngebäude, wobei mindestens zwei Zivilpersonen getötet und weitere verletzt wurden.

Sri Lanka

Mehrere Todesopfer, Evakuierung Mahinda Rajapaksas, Wickremesinghe neuer Premierminister

Nach der gewalttätigen Eskalation und dem Rücktritt von Premierminister Mahinda Rajapaksa am 09.05.22 (vgl. BN v. 09.05.22) kam es im Laufe des Tages und der Nacht auf den 10.05.22 zu weiteren Ausschreitungen. Protestierende des regierungskritischen Lagers setzten Berichten zufolge in mehreren Landesteilen Dutzende Häuser der

Rajapaksa-Familie, ehemaliger Kabinettsmitglieder sowie von Parlamentsabgeordneten in Brand. Zahlreiche Fahrzeuge wurden beschädigt. Im Zuge der Gewalt des Tages und der Nacht sollen mindestens neun Menschen gestorben und die Zahl der Verletzten auf über 300 gestiegen sein. Rd. 230 Personen wurden Angaben zufolge verhaftet. Der zurückgetretene Premierminister wurde noch in der Nacht gemeinsam mit seiner Familie per Hubschrauber aus seinem Wohnhaus in Colombo evakuiert, als Protestierende versuchten, das Gebäude zu stürmen. Lokalen Medien zufolge wurde er auf einen Marinestützpunkt in Trincomalee (Ostprovinz) gebracht. Protestierende werfen ihm die Initiierung der Angriffe auf regierungskritische Demonstrierende vor (vgl. BN v. 09.05.22) und fordern dessen Verhaftung. Am 10.05.22 wies das Verteidigungsministerium Sicherheitskräfte an, auf Personen zu schießen, die öffentliches Eigentum zerstören oder Menschenleben gefährden.
Mit dem Rücktritt des Premierministers wurde das gesamte Kabinett aufgelöst. Am 12.05.22 wurde der Oppositionspolitiker Ranil Wickremesinghe (United National Party, UNP) als neuer Premierminister vereidigt. Er übernimmt das Amt bereits zum sechsten Mal und zählt zum politischen Establishment. Innerhalb von Opposition und Bevölkerung genießt er Beobachtenden zufolge keine breite Unterstützung und soll den Rajapaksas nahestehen. Bislang ernannte er vier Kabinettsmitglieder aus der regierenden Sri Lanka Podujana Peramuna (SLPP).

Sudan

Charta für die Errichtung der Volksautorität unterzeichnet
Am 11.05.22 verabschiedeten 15 Widerstandskommittees im Bundesstaat Khartum, die die Proteste gegen den Militärputsch vom 25.10.21 anführen, die Charta für die Errichtung der Volksautorität. Diese sieht die Beendigung der Militärherrschaft vor und legt die wichtigsten Strukturen einer zweijährigen Übergangszeit fest. Ebenso sieht die Charta die Aufhebung des Verfassungsdokuments von 2019 vor, wonach die Übergangsregierung aus militärischen und zivilen Komponenten besteht. Auch die Notwendigkeit einer Reform des Sicherheits- und Militärsektors wird betont. An einem in der 19. KW stattgefundenen Treffen, das von der Afrikanischen Union, der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) und der United Nations Integrated Transition Assistance Mission Sudan initiiert wurde, um eine Plattform für alle politischen Akteure zu bieten, weigerten sich die Widerstandskommittees teilzunehmen. Da daran auch die politische Führung teilnahm, befürchteten sie, den Putsch dadurch zu legitimieren. Dahingegen nahmen andere oppositionelle Parteien und Akteure, wie beispielsweise die Forces for Freedom and Change - National Accord Group (FFC-NA) an diesem Treffen teil. Nach Aussage der Organisatoren sollten Themen wie die Mitgliedschaft im nationalen Souveränitätsrat, im Legislativrat, Belange der Justiz, ein neues Regierungsprogramm sowie die Ursachen und Wirkungen der politischen und wirtschaftlichen Krise erörtert werden.

Anhaltende Demonstrationen
Am 12.05.22 demonstrierten in Khartum bei der ersten großen Demonstration seit dem Ende des Fastenmonats Ramadan Tausende gegen die sudanesische Militärregierung. Sicherheitskräfte feuerten Tränengas und Blendgranaten auf die Demonstrierenden. Zeitweise wurden einige Läden in der Stadt geschlossen und Teile des Stadtzentrums evakuiert. Auch in anderen Städten gab es Demonstrationen, wobei aus Port Sudan der Einsatz scharfer Munition gemeldet wurde. Im gesamten Land kam es im Zuge der Demonstrationen zu mehreren Verletzten.

Sudan / Südsudan

UNISFA-Mandat verlängert
Der UN-Sicherheitsrat (UNSC) verlängerte am 12.05.22 das Mandat der United Nations Interim Security Force for Abyei (UNISFA), einer im Jahr 2011 eingerichteten Friedensmission für die zwischen Sudan und Südsudan umstrittene Region Abyei, bis zum 15.11.22. Der UNSC forderte die sudanesische und südsudanesische Regierung auf, die UNISFA bei der Umsetzung ihres Mandats zu unterstützen, und bekräftigte, dass Abyei von allen Streitkräften und bewaffneten gesellschaftlichen Gruppierungen mit Ausnahme der UNISFA und des Abyei Police Service entmilitarisiert werden soll.

Südsudan

UN: Anstieg von sexueller Gewalt
Laut einem am 10.05.22 veröffentlichten Bericht der United Nations Mission in South Sudan (UNMISS) ist im ersten Quartal 2022 ein Anstieg der Fälle konfliktbedingter sexueller Gewalt zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum haben sich diese mit mehr als 60 dokumentierten Fällen mehr als verdoppelt, obwohl die Gewalt gegen Zivilpersonen insgesamt zurückgegangen ist.

Anhaltende Gewalt
Am 11.05.22 sollen bei einem nächtlichen Überfall auf eine Viehzucht nahe der Ortschaft Mugali Payam in Magwi County mindestens 20 Menschen getötet und ein Viehbestand von 3.000 bis 10.000 Tieren gestohlen worden sein. Die Angaben variieren in der Berichterstattung. Zudem seien elf Personen verletzt und mehr als 50 Tiere getötet worden. Mehrere Personen gelten als vermisst, viele Menschen verließen aufgrund der Kämpfe die Region. Die Polizei gab an, die Situation unter Kontrolle zu haben, machte jedoch keine weiteren Angaben zu den Tätern oder den genauen Umständen des Überfalls. Die Regierung gab an, dass Ermittlungen und entsprechende Maßnahmen zur Eindämmung der anhaltenden Gewalt in der Region ergriffen werden.

Syrien

Nordwesten: Zehn Tote bei Angriff auf Militärtransport
Medienberichten zufolge wurde am 13.05.22 ein Militärbus mit regierungsfreundlichen Paramilitärs von einer Rakete getroffen. Die staatliche Nachrichtenagentur SANA und die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) berichteten übereinstimmend von zehn getöteten Personen, die sich an Bord des Busses befanden. Neun weitere sollen verletzt worden sein. Der Vorfall ereignete sich im Westen des Gouvernements Aleppo, im Grenzgebiet mit dem von Rebellen kontrollierten Idlib.
Es handelte sich um einen der tödlichsten Einzelvorfälle seit Inkrafttreten des Waffenstillstandabkommens vom März 2020. Wenige Stunden später nahmen russische Kampfflugzeuge Stellungen der Rebellen unter Beschuss.

Staatsmedien: Fünf Tote bei israelischem Luftangriff in Hama
Die staatliche Nachrichtenagentur SANA berichtete am 13.05.22 über einen israelischen Luftangriff in Masyaf, einer Ortschaft im Gouvernement Hama. Unter den fünf getöteten Personen soll sich demnach auch eine Zivilperson befunden haben. SOHR berichtete, dass mindestens acht Raketen auf Munitionslager und Stellungen iranischer Milizen abgeschossen worden seien. Der Angriff habe außerdem mehrere Brände zur Folge gehabt.
SOHR zufolge handelte es sich um den zwölften israelischen Luftangriff dieses Jahrs. Das israelische Militär kommentierte die Vorgänge nicht.

USA genehmigen Investitionen in Gebiete außerhalb der Kontrolle Assads
Das US-amerikanische Finanzministerium verkündete am 12.05.22, begrenzt Investitionen in und Handel mit Gebieten in Nordsyrien von der Sanktionspolitik auszunehmen. Die Ausnahmen sollen insgesamt zwölf Wirtschaftssektoren betreffen. Darunter fallen z.B. Landwirtschaft, Baugewerbe und Finanzwesen. Auch der Kauf von Benzin aus den betroffenen Gebieten durch angrenzende Staaten soll damit gestattet werden. Ein Import in die USA wird nicht ermöglicht.
Der Schritt wird damit begründet, dass man der Gefahr eines wiedererstarkenden IS mit wirtschaftlicher Stabilisierung entgegenwirken möchte. Handel mit und Investitionen in Gebiete unter Regierungskontrolle sollen hingegen ausdrücklich nicht ermöglicht werden. Das syrische Außenministerium reagierte am 13.05.22 mit einer Stellungnahme, in der die Maßnahme der USA als neue Verschwörung gegen Syrien bezeichnet wurde und von der man überzeugt sei, dass man über sie „siegen“ werde.

Togo

Unbekannte töten Sicherheitskräfte

Bei einem Angriff auf einen Armeeposten in Kpékpakandi (auch: Kpinkankandi; Präfektur Kpendjal, Region Savanes) nahe der Grenze zu Burkina Faso wurden am 11.05.22 acht Armeeangehörige getötet und 13 verwundet. Zunächst übernahm niemand die Verantwortung für den Angriff, der von etwa 60 Personen auf Motorrädern ausgeführt worden sein soll. Beobachtenden zufolge könnte es sich dabei um den ersten von extremistischen Gruppen verübten tödlichen Angriff in Togo handeln.

Im November 2021 hatte das Militär ebenfalls in dem Gebiet einen Angriff Unbekannter zurückgeschlagen, die mutmaßlich von Burkina Faso aus nach Togo eingedrungen waren (vgl. BN v. 15.11.21). Opfer hatte es nicht gegeben. In Togo wie in den benachbarten Küstenstaaten Benin und Ghana, gibt es Befürchtungen, in den nördlichen Nachbarstaaten Burkina Faso, Mali und Niger aktive extremistische Gruppen könnten ihre Aktivitäten auf ihre Staatsgebiete ausdehnen.

Tschad

Anti-französische Demonstrationen

Medienangaben zufolge haben am 14.05.22 hunderte Personen in der Hauptstadt N'Djamena sowie anderen Städten gegen die Militärpräsenz Frankreichs im Tschad und deren Unterstützung für den Militärischen Übergangsrat (Conseil militaire de transition, CMT) protestiert. Die Demonstrierenden riefen Parolen gegen Frankreich und einige mit Frankreich verbundene Unternehmen wurden zerstört. Die Sicherheitskräfte setzten Wasserwerfer und Tränengas ein, um die Proteste aufzulösen. Zu den Protesten hatte Wakit Tama, ein Zusammenschluss aus mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen, aufgerufen

Der CMT war im April 2021 nach dem Tod von Langzeitpräsident Idriss Déby gegründet worden; an seiner Spitze steht sein Sohn, Mahamat Idriss Déby. Nach der Auflösung des Parlaments und der Außerkraftsetzung der Verfassung durch den CMT sollte Anfang Mai 2022 ein inklusiver nationaler Dialog von Regierung, Opposition und rebellischen Gruppen stattfinden; der Termin für den nationalen Dialog war jedoch verschoben worden, ohne ein neues Datum festzulegen.

Türkei

Verwundete durch Angriff auf Grenzposten

Nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums haben mutmaßlich kurdische Kämpfer am 12.05.22 Raketen und Mörsergranaten aus Syrien auf einen militärischen Grenzposten im Südosten der Türkei abgefeuert. Bei dem Vorfall wurden vier türkische Soldaten und eine Zivilperson im Bezirk Karkamis in der Provinz Gaziantep verletzt. Das Ministerium erklärte, das türkische Militär habe „Vergeltungsfeuer" gegen Ziele in der nordsyrischen Region Kobani geführt, aus der der Angriff erfolgt sein soll. Die verletzten Personen wurden zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht.

Urteil im Fall der CHP-Politikerin Kaftancioglu

Am 12.05.22 urteilte der Kassationsgerichtshof der Türkei im Fall der CHP-Vorsitzenden von Istanbul, Canan Kaftancioglu. Die Politikerin war im Jahr 2019 aufgrund mehrerer Twitter-Beiträge aus den Jahren 2012 bis 2017 wegen terroristischer Propaganda sowie Beleidigung des Präsidenten und des Staates zu einer Haftstrafe von fast zehn Jahren und einem Politikverbot verurteilt worden. Das oberste Gericht bestätigte die Verurteilung in drei Anklagepunkten, die zu einer Haftstrafe von vier Jahren, elf Monaten und 20 Tagen führten. Zudem wurde sie mit einem Politikverbot belegt. Anklagen wegen Terrorpropaganda und Volksverhetzung wurden fallen gelassen.

DEVA-Politiker Gürcan erneut verhaftet

Der türkische Oppositionspolitiker Metin Gürcan ist am 13.05.22, einen Tag nach seiner Freilassung, wegen Spionagevorwürfen erneut verhaftet worden. Ein Gericht hatte am 12.05.22, vier Monate nach seiner Inhaftierung, die Freilassung des Mitbegründers der oppositionellen Demokratie- und Fortschrittspartei (DEVA) angeordnet. Ihm drohen bis zu 35 Jahre Haft. Gürcan, der sich über Entwicklungen im Militär geäußert hatte, wurde am 29.11.21

unter dem Vorwurf der „politischen und militärischen Spionage“ verhaftet. Dem Politiker und Verteidigungsanalysten wird vorgeworfen, mutmaßlich geheime Informationen an ausländische Diplomaten verkauft zu haben. Am 12.05.22 erließ das 27. Hohe Strafgericht von Ankara nur Stunden nach seiner Freilassung einen neuen Haftbefehl gegen den DEVA-Parteifunktionär.

Tunesien

Tausende demonstrieren gegen Staatspräsident Saied
Am 15.05.22 haben Medienangaben zufolge mehr als 2.000 Personen in Tunis gegen die Politik von Staatspräsident Kais Saied protestiert und eine Rückkehr zur demokratischen Ordnung gefordert; des Weiteren lehnten die Demonstrierenden die von Saied am 09.05.22 ernannte Wahlkommission ab. Die Demonstration war von dem Ende April 2022 gegründeten Oppositionsbündnis namens Front de salut national organisiert worden. Das Oppositionsbündnis besteht aus fünf Parteien, darunter die islamisch geprägte Ennahdha-Partei und die Al-Amal-Partei, sowie fünf zivilgesellschaftlichen Organisationen und unabhängigen Angeordneten.

Ukraine

Entwicklung der Kampfhandlungen
Am Wochenende haben russische Kräfte ihren Rückzug aus dem nördlichen Teil der Oblast Kharkiv fortgesetzt. Die russische Seite wird voraussichtlich versuchen, die Frontlinie in der Nähe von Woltschansk zu halten, über die die Kommunikation nach Isjum abläuft. Die neuen Frontverläufe ermöglichten der ukrainischen Seite den Beschuss der Siedlung Sereda in der russischen Oblast Belgorod. Es ist damit zu rechnen, dass russische Kräfte versuchen, einen Angriff auf Sloviansk vom Osten und Westen der Fernstraße Charkiw-Rostow aus zu organisieren. Russland formiert ferner Kräfte für den Kampf um Sewerodonezk und versucht, von Popasna aus in Richtung Bakhmut vorzustoßen. Die Führungsspitze der von Russland eingesetzten „militärisch-zivilen Verwaltungen“ der Oblast Kherson gab öffentlich zu erkennen, dass eine Integration der besetzten Oblast in die Russische Föderation angestrebt wird.

Humanitäre Lage
Die ukrainische Wirtschaft wird durch den Konflikt weiterhin stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung geht für das Jahr 2022 nun von einem Negativwachstum von 30 % aus, während die Prognose von Ende März noch bei einem Negativwachstum von 20 % lag. Die tatsächliche Wachstumsrate des BIP werde gemäß der Bank jedoch maßgeblich davon abhängen, wie lange der Konflikt in der Ukraine andauert, von den Bedingungen eines Friedensabkommens, dem Umfang des Wiederaufbaus und der Zahl der Geflohenen, die in ihre Heimat zurückkehren. Bis einschließlich 12.05.22 wurden laut UN-Angaben mindestens 3.573 getötete und 3.816 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Konflikt dokumentiert. Gemäß UN-Angaben sind bislang 6.111.172 Personen aus der Ukraine geflohen (Stand: 13.05.22).

Venezuela

Wirtschaftliche Lage: Angebot von Aktien staatlicher Unternehmen, Ausweitung der Ölkooperation mit Iran
Am 11.05.22 hat Staatspräsident Maduro angekündigt, an der nationalen Börse ab 16.05.22 bis zu 10 % der Aktien ausgewählter staatlicher Unternehmen, darunter Öl-, Telekommunikations- und Gasunternehmen, nationalen, aber auch internationalen Investoren anbieten zu wollen.
Medienberichten zufolge soll auch die seit dem Jahr 2020 bestehende Zusammenarbeit mit Iran im Energiebereich ausgeweitet werden. In deren Rahmen fanden in den letzten Jahren immer wieder Tauschgeschäfte von Öl statt, so wurde insbesondere iranisches Kondensat zur Verdünnung und Verarbeitung venezolanischen Schweröls für den Export eingeführt. Daneben lieferte Iran aber auch Ausrüstung zur Reparatur und Modernisierung von Ölraffinerien der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA. Laut Angaben der iranischen Nachrichtenagentur IRNA vom 13.05.22 haben Iran und Venezuela im Rahmen des Plans zur Reaktivierung der Ölproduktion nach Gesprächen Anfang Mai einen Vertrag über Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Förderanlage El Palito, Bundesstaat Carabobo,

unterzeichnet. Nachdem seit Mitte April bereits etwa 600.000 Barell iranisches Öl zur Ergänzung der Ölversorgung der PDVSA-Raffinierien eingeführt worden sind, sollen diesen Monat weitere 2 Mio. Barrel Öl sowie 1 Mio. Barrel iranisches Kondensat im Gegenzug für schweres venezolanisches Roh- und Heizöl importiert werden.

Sonderstaatsanwaltschaft für LGBTIQ-Rechte eingerichtet
Am 11.05.22 hat Generalstaatsanwalt Saab über die Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft für Rechte von LGBTIQ-Personen berichtet. Diese wurde offiziell der Generaldirektion für Menschenrechte zugeordnet und soll künftig bei Delikten gegen LGBTIQ-Personen ermitteln.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de